

## Nachrichten



Tiemann.

**Das Ringen um die Bildung**

**Nach Buxtehude nun auch in Stade: Landtagskandidaten wurden von Eltern zur Schulpolitik befragt**

Stade (sh). Mit halb so vielen Zuhörern wie in Buxtehude ging am Donnerstag in Stade die Schuldiskussion des Kreiselternrates (KER) zur Landtagswahl in die zweite Runde. Qualitativ wertete sie der KER-Vorsitzende Stefan Moritz als Steigerung zu Buxtehude. „Sie haben sich wenigstens zugehört“, meinte er am Ende zu den Stader Landtagskandidaten.

Die Idee des Kreiselternrates war konsequent: Eltern sollten die Chance haben, jeden Landtagskandidaten zur Schulpolitik befragen zu können. In Buxtehude kamen am Mittwoch rund 100 Interessierte zur Podiumsdiskussion mit den Buxtehuder Kandidaten (das TAGEBLATT berichtete). Am Donnerstagabend stellten sich die Kandidaten für den Stader Wahlkreis den Elternfragen.

Die Kandidaten von CDU, SPD, FDP, Grünen und Freie Wähler kamen mit frischen Eindrücken vom IHK-Neujahrsempfang am selben Tag. Dort hatte der „Wirtschaftsweise“ Dr. Peter Bofinger davor gewarnt, Schuldenabbau zulasten von Bildungs-Ausgaben zu betreiben. Wie hoch die Investition sein könnte – da gab es eine breite Spanne. Acht Prozent des Bruttosozialproduktes statt bisher 4,3 Prozent müsste für Bildung

ausgegeben werden, forderte Cornelius van Lessen (Freie Wähler) und war mit Henning Münnecke (Grüne) einig, dass eine Neuverschuldung für mehr Bildung eine Zukunftsinvestition sei.

Thomas Schalski-Seeemann (FDP) und Kai Seefried (CDU) schlossen dagegen eine Neuverschuldung strikt aus. Sie versicherten aber, auch bei künftig rückläufigen Schülerzahlen würden die Ausgaben nicht gekürzt. „Wir werden die sinkenden Schülerzahlen dazu nutzen, die Klassen zu verkleinern bei gleichbleibender Unterrichtsversorgung“, meinte Schalski-Seeemann. Seefried betonte, dass bereits seit 2003 trotz rückläufiger Zahlen „so viele Lehrer wie noch nie“ eingestellt seien.

„Wir dürfen kein Kind zurücklassen“, betonte Petra Tiemann (SPD). Sie sieht die Zukunft in der „gemeinsamen Schule“. Darin war sie sich mit Henning Münnecke einig. Seefried hält weitere Kooperative Gesamtschulen (KGS) für möglich, im Prinzip aber an der Dreigliedrigkeit fest.

Betroffen gaben sich alle über die teils schlechte Mittagsversorgung. Das Land habe drei Millionen Euro in den Haushalt gestellt, obwohl es über Hartz IV Bundesaufgabe sei, so Seefried. Tiemann stellt sechs Millionen Euro in Aussicht, damit Fahrtkosten und Verpflegung gedeckt seien.

Bei konkreten Fragen blieb oft die Antwort aus. Wie denn der Abitur-Doppeljahrgang 2011 zu bewältigen sei, wenn das Abi nach zwölf Jahren greife? „Da fliegen Ihnen doch die Universitäten auseinander“, so van Lessen in Richtung Schwarz-Gelb. Wie dem Mangel an naturwissenschaftlichen Fachlehrern begegnet werde? Woher die Plätze für die Praxistage der Hauptschulen kommen sollen? Und wie überhaupt die Hauptschule zu retten sei? Van Lessen hat eine schlichte Lösung parat: Gebt den Schulen einen Etat und lasst sie selbst wirtschaften, dann können sie auch ihre Lehrer bedarfsgerecht bezahlen.

Artikel erschienen am: 12.01.2008

 **Artikel drucken**

**Fenster schließen**

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG